

# FINANZFORUM

kostenlose Fachzeitschrift für  
Finanzdienstleistungen  
Fakten - Informationen - Tendenzen - Meinungen

Seite 1

Ausgabe 34  
14. September 2010

01

## Inhalt

Leitartikel	Seite 01
Einbürgerung	Seite 02
<b>Die gute Nachricht</b>	Seite 03-05
Die schlechte Nachricht	Seite 06
Schmidt-Schnauze redet Klartext	Seite 07
Ausländer in Berlin	Seite 08
Insolvenzen	Seite 09
Register	Seite 10
Newsletter	Seite 12
JAV-Grenze	Seite 12
Facebook	Seite 13
Frühstückseier	Seite 14
Reisen - Spezial	Seite 14
Gesundheit - Spezial	Seite 15
Tipps	Seite 16
Fundgrube und Humor <i>Maschi und die Satire</i>	Seite 16-18
Impressum	Seite 07

## Vorbeugen für den Nachlass

Wenn viele das Thema auch auf die lange Bank schieben – die Vorsorge für den Erbfall wird das Problem der alternden Gesellschaft. Nicht zuletzt deshalb befassen wir uns intensiv mit dem Nachlassmanagement.

Und eine der Facetten, die für Sie wichtig ist, erforscht nun auch die Wissenschaft. Auf dem weitläufigen Feld des Erbrechts scheint der fortschreitende demographische Wandel auf den ersten Blick keine allzu großen Konsequenzen zu haben. So macht der Umstand, dass in Zukunft weniger potentielle Erben in den Kindergenerationen zu finden sein werden, zunächst kaum Probleme. In einer Studie hat Prof. Dr. Inge Kroppenberg von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Regensburg aber nun darauf hingewiesen, dass auch die Erblasser – also die Personen, die vererben – immer älter werden, und dass dies weitreichende Folgen für das Erbrecht hat.

Im Jahr 2050 wird voraussichtlich jeder dritte Einwohner in Deutschland älter als 60 sein; fast jeder siebte wird das 80. Lebensjahr vollendet haben. Für das Erbrecht birgt dieser Befund neben den rein quantitativen Aspekten auch qualitative Herausforderungen. Erblasser verfügen zum einen wegen der längeren Lebensläufe häufig erst spät und aufgrund geänderter Lebensentwürfe auch mehrmals über ihren Nachlass. Der Gesetzgeber hat hier über eine Reform des Erbrechts – die am 1. Januar 2010 in Kraft getreten ist – erstmals reagiert und sich auf die Fahnen geschrieben, den Gestaltungsspielraum des Erblassers bei der Regelung des eigenen Testaments zu stärken.

Das ist die eine Seite. Die andere ist, dass mit zunehmendem Alter auch die Demenzerkrankungen zunehmen, so dass die Erblasser keine selbstbestimmten Entscheidungen treffen können und die Gefahr der Einflussnahme von dritter Seite zunimmt. „Gegenwärtig“, so Kroppenberg, „reagiert unser Erbrecht darauf nur punktuell, so zum Beispiel mit einem Verbot, Testamente zugunsten von Heimpersonal zu schreiben, sofern der Erblasser Heimbewohner oder –bewerber ist“. Allerdings liegt auf der Hand, dass von einer Demenz betroffene Erblasser nicht nur Menschen sind, die bereits im Heim leben. Die erbrechtliche Auseinandersetzung mit dieser Problematik steckt nach Ansicht von Kroppenberg noch in den Kinderschuhen. Das Thema „alternde Gesellschaft“ mache sich in der gesetzlichen Erbfolge aber auch bei der Frage der Ausgleichung von Pflegeleistungen bemerkbar, die ein naher Angehöriger dem Erblasser über Jahre oder gar Jahrzehnte erbracht hat. Der Reformgesetzgeber hat mit Beginn dieses Jahres erstmals das Recht eingeräumt, die erbrachte Pflegeleistung gegenüber Miterben – etwa Geschwistern, die den Vater oder die Mutter nicht gepflegt haben – bei der Erbauseinandersetzung zur Ausgleichung zu bringen. Das ist „ein Schritt in die richtige Richtung“, wie Kroppenberg betont. Er bedeute zudem auch ein Stück Teilhabegerechtigkeit für Frauen, die in Deutschland einen großen Teil der Familienpflege leisten. Doch sei der Gesetzgeber auf halbem Weg stehen geblieben. Gegenwärtig wird zwar diskutiert, die Regelung auch für andere Personen, die den Erblasser zu dessen Lebzeiten gepflegt haben, zu öffnen: so zum Beispiel für die Partnerin einer nicht ehelichen Lebensgemeinschaft. In diesem Zusammenhang sind aus Sicht der Regensburger Rechtswissenschaftlerin allerdings noch eine ganze Reihe von Anpassungen oder Neuregelungen notwendig.

Der 68. Deutsche Juristentag, der im September in Berlin stattfindet, wird das Problem unter dem Stichwort „Ist unser Erbrecht noch zeitgemäß?“ öffentlich



# FINANZFORUM

*kostenlose Fachzeitschrift für  
Finanzdienstleistungen*  
Fakten - Informationen - Tendenzen - Meinungen

Seite 2

Ausgabe 34  
14. September 2010

„Zu einer fairen Bestandsaufnahme gehört, dass eine vierköpfige Familie, die von Hartz IV lebt, bis zu 1585 Euro netto vom Staat erhält. Das muss man als jemand, der seine Familie durch Arbeit ernährt, erst einmal netto verdienen.“

KRISTINA SCHRÖDER  
Bundesfamilienministerin,  
CDU

**98** Prozent

der Teilnehmer bestehen den 2008 eingeführten Einbürgerungstest im ersten Anlauf, sagte der parlamentarische Innen-Staatssekretär Öle Schröder in Berlin. Bis Ende Juni 2010 hätten rund 2 700 Kandidaten den Test wiederholt. Von den Wiederholern bestanden rund 92 Prozent. Die Prüfung müssen Ausländer, die Deutsche werden wollen, ablegen.

Dabei wird in Politik, Geschichte und Gesellschaftskunde Grundwissen abgefragt.

Die rund 300 Fragen stehen öffentlich im Internet. Für die Prüfung werden je 33 Fragen ausgewählt.  
dpa

diskutieren.

Sie sehen: Wir haben ein Thema angepackt, das von hoher Aktualität und Brisanz ist. Unser Lösungsansatz des Nachlassmanagements passt exakt in die Diskussion. Wir bleiben am Ball.

Denn hier liegt ein Geschäftsfeld der Zukunft, das nicht nur Umsatz und Gewinn bringt. Es ist auch unter dem Gesichtspunkt der Wahrnehmung sozialer Verantwortung von hoher gesellschaftlicher Bedeutung.

**Manuel Fernandes-Stacke**

## FINANZ FORUM

### die FINANZ-FACHZEITSCHRIFT

Finanz-Forum erscheint überwiegend als elektronische Zeitung per Internet. Zu besonderen Anlässen zweimal jährlich als gedruckte Version (Anfang Febr. / Anfang September)

#### Redaktionsrubriken:

- |     |   |
|-----|---|
| 01. | Editorial   |
| 02. | Die gute Nachricht  |
| 03. | Die schlechte Nachricht   |
| 04. | Regierung und Gesetzgeber   |
| 05. | Vermittlerrecht/ Haftungsfragen   |
| 06. | News<br><i>a Versicherungen,</i><br><i>b Investmentfonds,</i><br><i>c Geschlossene Fonds,</i><br><i>d Immobilien,</i><br><i>e sonstige Kapitalanlagen</i><br><i>f Meinungen</i> |
| 07. | Die besten zwölf<br>Newsletter  |
| 08. | Seminare, Kongresse, Veranstaltungen  |
| 09. | Bücher  |
| 10. | Convention & Events, Leserreisen  |
| 11. | Personalien   |
| 12. | Humor ist, wenn man trotzdem lacht  |

#### Anzeigenpreise:

1/6 Seite	250 €
Randstreifen	350 €
1/3 Seite	400 €
1/4 Seite	300 €
1/2 Seite	500 €
1/1 Seite	900 €

FinanzForum ([finanzforum@t-online.de](mailto:finanzforum@t-online.de))  
Tauentzienstraße 12 / 10789 Berlin / Tel. 030 23003514  
Anzeigenannahme:  
[finanzforum@t-online.de](mailto:finanzforum@t-online.de) / Fax 030 23003562 / Tel. 03023003504



**1. Nachlass-Manager-Symposium 2010**  
CONGRESS-Hotel am Stadtpark Hannover  
30175 Hannover  
Clausewitzstraße 06

Teil 1 **Programm / 20. September 2010**

- 09:00 Uhr** **Begrüßung durch Prof. Dr. Lothar Streitferdt,**  
*wissenschaftlicher Leiter der*  
*Akademie Lightzins-Finanzdienstleistungen*  
**Grußwort: Prof. Dr. Fritz-Renè Grabau**  
*Fachhochschule Magdeburg-Stendal*
- 09:30 Uhr** **NACHLASS-MANAGER – Ein Beruf etabliert sich**  
Klaus Dieter Girnt, Bochum,  
*Testamentsvollstrecker/Nachlasspfleger (DEVE)*
- 10:00 Uhr** **Feierstunde und Verleihung der Zertifikate NACHLASS-BERATER**  
(1. Semester des Studiums zum Nachlass-Manager )
- Begrüßung: Klaus Dieter Girnt (DEVE)
  - Laudatio zu Ehren der Absolventen  
Dr. E.H. Dieter Kindermann, Hannover
  - Überreichung der Zertifikate Nachlass-Berater  
Prof. Dr. Lothar Streitferdt / Klaus Dieter Girnt
- anschließend Fototermin
- 11:30 Uhr** **1. Zusammenkunft der Arbeitsgemeinschaft „Nachlass-Manager“**  
Leitung: Klaus Dieter Girnt
- 13:00** **Pressegespräch**  
Teilnehmer: Prof. Dr. Lothar Streitferdt  
Carsten Lucht

**Eintritt frei!**



**AKADEMIE LIGHTZINS - FINANZDIENSTLEISTUNGEN**

**1. Nachlass-Manager-Symposium 2010**  
CONGRESS-Hotel am Stadtpark Hannover  
30175 Hannover  
Clausewitzstraße 06

**Teil 2                      Programm / 21. September 2010**

---

- 14:00 Uhr                      Begrüßung Klaus Dieter Girnt**
- 14:15 Uhr                      Eltern werden pflegebedürftig – müssen Kinder zahlen?**  
Martin Hülsewede, Betriebswirt (VWA), Recklinghausen
- 15:00 Uhr                      Pflege im Heim oder Pflege zu Hause? Was ist vorteilhafter?**  
Birgit Gabriel, Oer-Erkenschwick
- 15:45 Uhr                      Auszahlung aus Lebensversicherungsverträgen**  
**Wettlauf zwischen Erben, Gläubigern und Bezugsberechtigten**  
Klaus Dieter Girnt DEVE), Bochum
- 16:15 Uhr                      Seminarprogramm**  
**Herbst- / Wintersemester 2010/2011**  
Carsten Lucht, Dipl.-Verwaltungswirt, Berlin  
Akademie Lightzins-Finanzdienstleistungen

**Ende gegen 16:30 Uhr**

***Eintritt frei!***



**AKADEMIE LIGHTZINS - FINANZDIENSTLEISTUNGEN**

**Rückantwort:**

**Telefax 030 23003562  
finanzforum@t-online.de**

**Anmeldung**

**21. September 2010**

**1. Nachlass-Manager-Symposium 2010 / Hannover  
(Eintritt frei)**

Firma:

---

Adresse:

---

Telefon:

---

Telefax:

---

E-Mail:

---

Namen der Teilnehmer:

---

---

---

\_\_\_\_\_  
Ort/ Datum

\_\_\_\_\_  
Firmenstempel/Unterschrift

FINANZ FORUM  
Tauentzienstraße 12

**10789 Berlin**



# FINANZFORUM

kostenlose Fachzeitschrift für  
Finanzdienstleistungen  
Fakten - Informationen - Tendenzen - Meinungen

Seite 6

Ausgabe 34  
14. September 2010



03

## Die schlechte Nachricht

Warum hat Finanzminister Schäuble seine Rede vor 400 Bankern gekürzt?

*(Es gilt das gesprochene Wort!)*

Folgende Sätze enthielt das Manuskript, Schäuble lies diese – wie ich meine wichtigen – Sätze weg!

Warum? Hat die Bankenbranche auch Schäuble geschafft?

Gott sei Dank haben wir ja noch Alt-Bundeskanzler Schmidt.

Warum Schäuble den Anwesenden diese Worte vorenthielt, ist unklar. Fest steht nur: Es ist bedauerlich. Denn es handelt sich um eine bemerkenswerte, wahrscheinlich sogar um eine große Rede.

## Die ungehaltene Rede

Bundesfinanzminister Schäuble hat in der vergangenen Woche vor rund 400 Bankern gesprochen. Dabei ersparte er der Finanzelite eine scharfe Abrechnung, obwohl das Redemanuskript genau das vorsah. Das Handelsblatt dokumentiert das Ungesagte.

„Es gibt Anzeichen, dass das Zocken auf den Märkten schon wieder begonnen hat“, heißt es im Manuskript. Es sei gefährlich für den Zusammenhalt in der Gesellschaft, „wenn sich bei immer mehr deutschen Unternehmen der Realwirtschaft der Eindruck verfestigt, dass Teile des Kreditgewerbes kein Interesse mehr an der Zusammenarbeit mit ihnen haben“.

Das Geschäftsmodell der Investmentbanken griff Schäuble in dem ungehaltenen Teil seiner Rede frontal an. „Während die Gewinne aus immer riskanteren Finanzgeschäften bei den einzelnen Akteuren verbucht wurden, wurden die Verluste in der Krise sozialisiert.“

L LP RS  
Auszüge  
[Originalfassung 40 Minuten]

Stand: 7.9. 11.30 Uhr

Rede des Bundesministers der Finanzen Dr. Wolfgang Schäuble

„Nach der Krise – Neuausrichtung von Staat und Finanzwirtschaft oder business as usual?“

bei der 15. Handelsblatt-Jahrestagung „Banken im Umbruch“  
am 9. September 2010, in Frankfurt am Main

(...) Können wir also wieder zurückkehren zum „Business as usual“ und wieder so weiter machen wie früher? Sie ahnen schon, dass ich diese Frage mit einem klaren „Nein“ beantworte.

Der Blick auf die Realität zeigt: Es gibt Anzeichen, dass das „Zocken“ auf den Märkten schon wieder begonnen hat, als wäre nichts passiert. Und aus einzelnen Banken hört man, dass intern die „profit center“ allmählich wieder die Oberhand gewinnen über die „cost center“ und Risikomanager – will sagen: **Es besteht die Gefahr, dass unbedingte Renditeorientierung erneut die dominierende Rolle bei der Ausrichtung der Geschäftspolitiken spielt.**

Verschlechterung der Kreditvergabe an Unternehmen und damit zu einer Wachstumsdämpfung führt. Denn, wie kürzlich ein schlauer Mensch bemerkte: **Wenn man eine Umfrage unter Löwen machte, wäre das Ergebnis: Sie lehnen den Käfig ab, wollen aber weiter eine gute Verpflegung.**

... künftig Finanzkrisen zu vermei-



# FINANZFORUM

kostenlose Fachzeitschrift für  
Finanzdienstleistungen  
Fakten - Informationen - Tendenzen - Meinungen

Seite 7

Ausgabe 34  
14. September 2010

## Impressum: FINANZ FORUM

Taurentzenstraße 12  
10789 Berlin

Postanschrift:  
Postfach 301749  
10747 Berlin

Tel. 0049 30 23 00 35 14  
Fax 0049 30 23 00 35 62

finanzforum@t-online.de

## Chefredakteur

Manuel Fernandes-Stacke

## stellv. Chefredakteur

Carsten Lucht

## Redaktion

Carsten Lucht (CL) *Leitung*  
Wolfgang Arlt (WA)  
Peter Edinger (PE)  
Klaus Dieter Girt (KDG)  
Ingo Kiwitz ((IK)  
Manfred Reddies (MR)  
Prof. Dr. Lothar Streitferdt (ST)

*Namentlich gekennzeichnete Artikel  
geben nicht unbedingt die Meinung  
der Redaktion wieder!*

## Rubriken:

- 01 Editorial
- 02 Die gute Nachricht
- 03 Die schlechte Nachricht
- 04 Regierung und  
Gesetzgeber
- 05 Verbände / Vermittler
- 06 News  
A Versicherungen,  
B Investmentfonds,  
C Geschlossene Fonds,  
D Immobilien,  
E sonstige  
Kapitalanlagen  
F Meinungen
- 07 Die besten zehn  
Newsletter
- 08 Seminare, Kongresse,  
Veranstaltungen
- 09 Bücher
- 10 Convention & Events  
Leserreisen
- 11 Personalien
- 12 Humor ist, wenn man  
trotzdem lacht

## Herausgeber:

WWC LLC  
Miami FL 33 132  
State of Florida

Das haben wir...  
Finanzgeschäften bei den einzelnen Akteuren...  
Verluste in der Krise sozialisiert. Mit hohen Summen von Steuergeldern wurden  
Finanzinstitute gerettet und Finanzmärkte stabilisiert. **Ich erwarte dafür  
keine Dankbarkeit, aber zumindest konstruktive Zusammenarbeit  
bei den Anstrengungen, solche Prozesse in Zukunft zu vermeiden.**

sind.

Das ist eine gefährliche Entwicklung, deren Sprengkraft gar nicht überschätzt  
werden kann - und zwar sowohl für die politische Legitimation unserer  
Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und damit für den gesellschaftlichen  
Zusammenhalt, als auch für die Zukunft des Bankgewerbes selbst:

**• Wenn sich bei immer mehr deutschen Unternehmen der  
Realwirtschaft der Eindruck verfestigt, dass Teile des Kreditge-  
werbes kein Interesse mehr an der Zusammenarbeit mit ihnen  
haben.**

Quelle: Handelsblatt

# mobil

... Es hat  
auch immer Mörder, es hat auch immer  
Diebe, es hat auch immer Betrüger gegeben  
Ich habe ja mal die Menschheit eingeteilt in  
drei Gruppen. Die erste sind die normalen  
Menschen wie wir beide. Wir haben beide  
mal Äpfel geklaut, als wir jung waren, spä-  
ter vielleicht im Supermarkt mal eine Tafel  
Schokolade in die Tasche gesteckt. Die  
zweite Gruppe sind die Menschen mit einer  
kriminellen Ader. Und die dritte sind die  
Investmentbanker. Das können Sie ruhig  
drucken ...

**Grube** [lacht]: Für klare Worte sind Sie  
immer bekannt gewesen. Wenn man in  
der Bevölkerung vom Altkanzler Helmut  
Schmidt spricht, sagen viele so-  
fort »Schmidt-Schnauze«. Das  
hat bestimmt etwas mit Ihrem  
Hang zur Deutlichkeit zu tun.

HELMUT SCHMIDT

## Mensch mit Weitblick

**DB** BAHN

Das Magazin der Deutschen Bahn

Nr. 09 | 2010



# FINANZFORUM

kostenlose Fachzeitschrift für  
Finanzdienstleistungen  
Fakten - Informationen - Tendenzen - Meinungen

Seite 8

Ausgabe 34  
14. September 2010

04

## Über 450 000 Ausländer aus 189 Staaten in Berlin gemeldet

453 529 ausländische Bürger anderer Staaten mit Hauptwohnung in Berlin gemeldet.

Aus den 26 Staaten der Europäischen Union (außer Deutschland) waren 144 851 Bürger mit Hauptwohnung gemeldet. Damit kommen 31,9% der in Berlin gemeldeten Ausländer aus Staaten der Europäischen Union.

Gut ein Viertel der Unionsbürger sind Polen (40 855/28,2%). Zahlenmäßig stark vertreten sind auch Italiener (15 336), Franzosen (12 819), Briten (9 930), Griechen (9 210) und Österreicher (9 040).

Aus den übrigen europäischen Ländern sind türkische Staatsangehörige mit 105 671 Personen (23,3% aller Ausländer) am stärksten vertreten.

Den 2. Platz nehmen die 19 420 serbischen Staatsbürger ein, unter denen sich auch Bürger des ehemaligen Serbien und Montenegro befinden, die sich noch bei Bestehen dieses Staates in Berlin angemeldet haben und noch nicht den jeweiligen Nachfolgestaaten zugeordnet sind.

Die 3. Gruppe bilden 14 939 Bürger aus der Russischen Föderation.

04

## Menschen mit Migrationshintergrund stellen fast ein Fünftel der Bevölkerung

Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund beträgt in der Bundesrepublik fast ein Fünftel der Bevölkerung. Dies geht aus dem als Unterrichtung durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Maria Böhmer (CDU), vorgelegten "Achten Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland" hervor. Danach hatten von den 82,1 Millionen Einwohnern im Jahr 2008 insgesamt 15,6 Millionen Menschen einen Migrationshintergrund. Damit seien 19 Prozent der Gesamtbevölkerung seit 1950 nach Deutschland zugewandert oder Nachkommen von Zuwanderern. Mit 7,3 Millionen Menschen ist laut Bericht weniger als die Hälfte der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ausländischer Staatsangehörigkeit, während 8,3 Millionen einen deutschen Pass haben.

Am größten ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung den Angaben zufolge in den jüngeren Altersstufen. So hätten inzwischen 34,4 Prozent der Kinder unter 5 Jahren einen Migrationshintergrund, bei

den Kindern unter 10 Jahren seien es 32,7 Prozent. In der Altersgruppe bis 35 Jahre betrage der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund 27,3 Prozent. Demgegenüber machte der Migrantenanteil in der Altersgruppe über 65 Jahre nur 8,5 Prozent aus.

04

## Regierung: Unternehmen sind frei bei der Wahl ihres Personals

Unternehmen steht es in Deutschland grundsätzlich frei zu entscheiden, mit welchem Personal sie ihre unternehmerischen Ziele verfolgen. Dies gelte auch für den Einsatz von Zeitarbeitskräften, erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke. Voraussetzung sei die Beachtung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes. Die AMBAU Personal-service GmbH in Cuxhaven, auf die sich die die Linksfraktion in ihrer Anfrage kritisch bezieht, verfüge über eine derartige Genehmigung, teilt die Bundesregierung mit. Die Linksfraktion hatte behauptet, dass der betreffende Windanlagenbauer Stammbeschäftigte durch Leiharbeitskräfte ersetzt. Im Hinblick auf mögliche gesetzliche Änderungen im Bereich der Zeitarbeit sei innerhalb der Bundesregierung noch keine abschließende Entscheidung getroffen worden, heißt es in der Antwort.

04

## 7.600 Tonnen Fleisch gehen nach China

Rund 7.600 Tonnen Fleisch hat Deutschland im vergangenen Jahr direkt nach China exportiert. Dies entspricht einem Anteil von 0,1 Prozent der gesamten deutschen Fleischerzeugung. Das teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit. Die Anfrage hatte sich auf ein Abkommen mit China über den Export von deutschem Schweinefleisch bezogen. Dieses enthält laut Bundesregierung keine Vereinbarungen zum Volumen der Exporte, sondern lediglich zu den veterinärrechtlichen Bedingungen. Die Entwicklung der Exportmengen nach China hänge von vielfältigen Faktoren ab, darunter Währungsschwankungen, die Wirtschaftsentwicklung in China und die Marktsituation der Fleischmärkte in Deutschland und anderen Ländern, heißt es weiter. Die Produktions- und Exportmengen unterliegen laut Regierung keinen Vorgaben, dies sei Sache des Marktes.



# FINANZFORUM

kostenlose Fachzeitschrift für  
Finanzdienstleistungen  
Fakten - Informationen - Tendenzen - Meinungen

Seite 9

Ausgabe 34  
14. September 2010

04

## 50 Millionen Menschen in den USA haben infolge

**mangelhafter Ernährung**  
mit körperlichen,  
psychischen und sozialen  
Problemen zu kämpfen. Zu  
diesem Schluss kommt eine  
Studie, die das „Journal of the  
American Dietetic  
Association“ jetzt veröffentlicht  
hat. Demnach hatten im Jahr  
2008 rund 15 Prozent der US-  
Haushalte nicht immer Zugang  
zu regelmäßigen Mahlzeiten  
oder mussten öffentliche  
Ernährungshilfen in Anspruch  
nehmen. Gut ein Drittel der  
49,1 Millionen Betroffenen litt  
demnach unter gravierenden  
Problemen wie  
Nahrungsmangel oder  
besonders unausgewogener  
Ernährung.

„Die Union wird  
verhindern, dass sich  
ein Schulsystem  
entwickelt, wo die  
Kinder erst ihren  
Namen tanzen, bevor  
sie ihn schreiben  
können“

Thüringens CDU-  
Generalsekretär  
MARIO VOIGT  
zum Vorschlag  
der Grünen,  
das Sitzenbleiben  
in der Schule  
abzuschaffen

## Steueridentifikationsnummer: Ab sofort Anfragemöglichkeit

Die Steueridentifikationsnummer für die Übermittlung der Lohnsteuerbescheinigung 2010 kann ab sofort beim Bundeszentralamt für Steuern angefragt werden.

Ab 1. November 2010 ist eine Verwendung der eTIN für die Datenübermittlungen der Lohnsteuerbescheinigungen 2010 nur noch dann zulässig, wenn

- die steuerliche Identifikationsnummer auf der Lohnsteuerkarte des Mitarbeiter nicht eingetragen ist,
- der Mitarbeiter diese nicht mitgeteilt hat und
- außerdem die Ermittlung der Identifikationsnummer im Rahmen der für den Arbeitgeber zur Verfügung stehenden Anfragemöglichkeit beim Bundeszentralamt für Steuern nicht zum Erfolg geführt hat (BMF, Schreiben v. 9.11.2009, IV C 5 - S 2378/09/10004, BStBl I S. 1313).

Diese Anfragemöglichkeit zur Erhebung der Identifikationsnummer beim Bundeszentralamt für Steuern für die Übermittlung der Lohnsteuerbescheinigung 2010 und zur erleichterten Übernahme in das Lohnkonto steht ab sofort bis zum 31.12.2010 im ElsterOnline-Portal des Arbeitgebers unter der Funktion "Abfrage der Identifikationsnummern von Arbeitnehmern" zur Verfügung.

Nähere Informationen sind im Dienstleistungsportal der Finanzverwaltung unter <https://www.elsteronline.de/eportal/Leistungen.tax> bereitgestellt. Dort wird unter der Überschrift "Dienste" auf die Funktion "Abfrage der Identifikationsnummern von Arbeitnehmern" hingewiesen.

BMF v. 10.8.2010 (IV C 5 - S 2378/09/10003-01)

04

## Privatinsolvenzen: Deutschland auf dem Weg zum Pleite-Rekord

69.417 Personen haben im ersten Halbjahr Privatinsolvenz angemeldet, deutlich mehr als im ersten Halbjahr 2009. Nun droht laut Bürgel Schuldenbarometer für 2010 gar ein neuer Negativrekord für Deutschland.



### Nord-Süd-Gefälle bei den Privatpleiten

Die meisten Privatinsolvenzen verzeichnet das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen mit 14.999 Fällen. Aussagekräftiger als die absoluten Zahlen sind die relativen Werte. Demnach schneiden vor allem die nördlichen Bundesländer schlecht ab. Spitzenreiter ist die Hansestadt Bremen mit 167 Privatinsolvenzen je 100.000 Einwohner. Ursachen einer Privatinsolvenz sind in erster Linie Arbeitslosigkeit, Veränderung der familiären Situation (Trennung oder Scheidung) sowie unpassendes Konsumverhalten bezogen auf das Einkommen. Daneben können auch Krankheiten,

Unfälle, Sucht, aber auch gescheiterte Immobilienfinanzierung beziehungsweise Selbstständigkeit sowie dauerhafte Niedrigeinkommen den Weg in die Schuldenfalle weisen.



# FINANZFORUM

kostenlose Fachzeitschrift für  
Finanzdienstleistungen  
Fakten - Informationen - Tendenzen - Meinungen

Seite 10

Ausgabe 34  
14. September 2010

04

## FINANZ FORUM

Internet-TV

[www.fifa-messe.de](http://www.fifa-messe.de)

### Inhalte:

Nachlass-Betreuer  
04:14

I. C. H.  
auf der ITB 2010  
05:27

WWK auf der ITB  
Reisen und  
versichern  
05:37

FF/TV Vorschau  
März 2010  
01:54

20. FiFa Kongress +  
Messe  
01:43

Gold-Info  
03:02

Solar-Info  
02:26

WWK auf der  
Grünen Woche,  
Berlin  
02:50

[www.fifa-messe.de](http://www.fifa-messe.de)

### Regierung will Bankberater registrieren

Die Bundesregierung plant, die Anlageberater der Banken künftig bei der Aufsichtsbehörde Bafin zu registrieren. Dies kündigte Erich Paetz, Ministerialrat im Bundesverbraucherschutzministerium, auf einer Tagung des „Handelsblatts“ in Köln an.

Mit einer Registrierungspflicht bei der Bafin müssten sich Bankberater auf schärfere Kontrollen einstellen. „Die Aufsicht erhält verstärkte Eingriffsbefugnisse. Zum Beispiel soll sie auch Berater von der Anlageberatung ausschließen dürfen, wenn entsprechende Hinweise auf Fehlverhalten vorliegen“, sagte Paetz, der im Ministerium für Verbraucherschutz für Finanzdienstleistungen zuständig ist, dem „Handelsblatt“.

Damit soll der Anlegerschutz beim Verkauf von Lebensversicherungen, Fonds und anderen Kapitalanlagen verbessert werden und unqualifizierte Vermittler, auch bei den Banken, ausgesiebt werden. Paetz bezog sich auf das von der Branche kontrovers diskutierte Anlegerschutzgesetz, dessen Entwurf in Kürze erwartet wird.

Anders als für Versicherungsvermittler gibt es für Anlageberater noch kein zentrales Register. Freie Anlageberater sind derzeit über Paragraph 34c der Gewerbeordnung reguliert und bei ihrem jeweils zuständigen Gewerbeamt erfasst.

04

### Bundesregierung will keine kleineren Wohnungen für Hartz-IV-Empfänger

Eine Absenkung der Wohnstandards für Hartz-IV-Bezieher ist von der Bundesregierung nicht beabsichtigt. Dies schreibt sie in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion. Die Regierung betont, dass nach einem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) vorgelegten Regelungsvorschlag sich die Angemessenheit der Unterkunftskosten weiterhin unmittelbar an den Gegebenheiten des örtlichen Wohnungsmarktes orientieren soll - in Anlehnung an die Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes. Maßstab sei nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung die Verhältnisse des unteren Standards des örtlichen Wohnungsmarktes.

Das BMAS habe am 21. Juli 2010 einer Arbeitsgruppe der Länder und den kommunalen Spitzenverbänden bereits diesen Regelungsvorschlag vorgelegt, schreibt die Regierung. Er soll Ende August 2010 mit den Ländern erörtert werden. Ein entsprechender Referentenentwurf ist für den Herbst 2010 geplant, die Regelungen könnten dann am 1. Januar 2011 in Kraft treten.

Der Vorschlag sehe die Einführung einer Satzungsermächtigung für die Leistungen für Unterkunft und Heizung im Sozialgesetzbuch II vor, heißt es weiter. Die Kommunen sollten durch Landesgesetz ermächtigt werden, durch ihre Kommunalvertretungen für ihr Gebiet eine Satzung zu erlassen, mit der sie Grenzwerte oder gegebenenfalls auch Pauschalen für die regional angemessenen Unterkunfts- und Heizkosten bekannt machen. Im Sozialgesetzbuch II beziehungsweise den ausführenden Landesgesetzen solle nur der gesetzliche Rahmen geschaffen werden. Die konkrete Ausgestaltung der Frage, was als angemessene Wohnkosten anzusehen ist, solle hingegen den Kommunen obliegen.

Die Arbeitsgruppe sei darauf ausgerichtet gewesen, die Vorgaben des Koalitionsvertrages der Regierungsparteien umzusetzen. Danach sollen laut Regierung die Regelungen zu den Kosten der Unterkunft und Heizung unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten transparent und rechtssicher ausgestaltet werden. Es gebe keine Festlegungen des Bundes zur Wohnungsgröße als Voraussetzung für die Bewilligung von Fördermitteln,



# FINANZFORUM

kostenlose Fachzeitschrift für  
Finanzdienstleistungen  
Fakten - Informationen - Tendenzen - Meinungen

Seite 11

Ausgabe 34  
14. September 2010

## Direkt erledigt

Machen Sie es sich zur Gewohnheit, Aufgaben, die nicht länger als drei Minuten beanspruchen, sofort zu erledigen (z. B. Anfragen beantworten, Bestellungen aufgeben, Excel-Listen aktualisieren...).

Alles, was Sie sofort abarbeiten, können Sie nicht vergessen, und es wächst gar nicht erst zu einem abschreckenden Berg an, den Sie ewig vor sich herschieben.

Die schnelle Erledigung motiviert außerdem mit sichtbaren Erfolgen und verschafft Ihnen wieder den Überblick.

Das "Direkt-Prinzip" bedeutet aber nicht, dass Sie größere, wichtige Aufgaben unterbrechen sollen, um neue Mini-Aufgaben gleich zu bearbeiten: Bündeln Sie besser kleine Arbeiten und erledigen Sie sie dann auf einmal.

Quelle: Seiwert-Tipp

schreibt die Regierung. Die Praxis in den Ländern sei unterschiedlich. Eine Übersicht über die förderfähigen Wohnungsgrößen der einzelnen Länder existiere nicht, heißt es in der Antwort.

06A

## Arbeitslosengeld II

### Änderungen zum Verwertungsausschluss bei Lebensversicherungen

Mit dem Inkrafttreten des „Sozialversicherungsstabilisierungsgesetzes“ wurden die Freibeträge für das „Schonvermögen“ erhöht.

Die neuen Freibeträge für das Schonvermögen im Überblick

- Der Altersvorsorgefreibetrag steigt von 250 Euro auf 750 Euro je vollendetem Lebensjahr des Hilfebedürftigen und seines Partners.
- Die Obergrenze wird - nach Geburtsjahrgängen gestaffelt - ebenfalls angehoben.
- Für die Jahrgänge bis einschließlich 1957 auf 48.750 Euro (bisher: 16.250), für die Jahrgänge 1958 bis 1963 auf 49.500 Euro (bisher: 16.500) und für die Jahrgänge ab 1964 auf 50.250 Euro (bisher: 16.750).

Um diesen Altersvorsorgefreibetrag nutzen zu können muss ein Verwertungsausschluss nach § 168 Absatz 3 WG vereinbart werden. Das Formular zum Verwertungsausschluss finden Sie im geschlossenen Vermittlerbereich der WWK unter [www.wwk.de](http://www.wwk.de).

Nach den uns vorliegenden Informationen beachten Sie bitte folgendes:

1. Der Verwertungsausschluss kann für einen bestehenden Lebensversicherungsvertrag auch nach Stellung des Erstantrages für Arbeitslosengeld II vereinbart werden.
2. Bestehende Verwertungsausschlüsse können an die aktuelle Rechtslage angepasst werden.
3. Wurden bei Kunden, aufgrund zu hoher Rückkaufswerte in Lebensversicherungen Anträge auf Arbeitslosengeld II abgelehnt, können diese nun Ihren Verwertungsausschluss anpassen und einen neuen Antrag auf Arbeitslosengeld II stellen, um nun Leistungen zu erhalten (es werden jedoch keine rückwirkenden Leistungen auf Arbeitslosengeld II gewährt).

06A



Kündigt die **ERGO** nun  
allen Versicherungs-Maklern  
und  
Versicherungs-Vertretern  
mit  
grauen Haaren?



# FINANZFORUM

kostenlose Fachzeitschrift für  
Finanzdienstleistungen  
Fakten - Informationen - Tendenzen - Meinungen

Seite 12

Ausgabe 34  
14. September 2010

07

**Newsletter**  
**TOP TEN**

Finanzwelt

[www.finanzwelt.de](http://www.finanzwelt.de)

Kanzlei Klumpe + Partner  
[info@rechtsanwaelte-klumpe.de](mailto:info@rechtsanwaelte-klumpe.de)

versicherungsjournal  
[www.versicherungsjournal.de](http://www.versicherungsjournal.de)

Der Fonds-Brief  
[www.rohmert-medien.de](http://www.rohmert-medien.de)

bocquel-news.de  
Versicherung  
[www.bocquel-news.de](http://www.bocquel-news.de)

dvb-Pressespiegel  
Versicherungen  
[www.deutsche-versicherungsboerse.de](http://www.deutsche-versicherungsboerse.de)

dvb-Pressespiegel  
Finanzen  
[www.deutsche-versicherungsboerse.de](http://www.deutsche-versicherungsboerse.de)

FONDS professionell  
[www.fondsprofessionell.de](http://www.fondsprofessionell.de)

travel-zoo  
TOP 20 - Reisedeals  
[www.top20.travelzoo.com](http://www.top20.travelzoo.com)

Wir bilden alle 14 Tage eine  
neue Liste aufgrund  
Ihrer Vorschläge

**Barmenia**  
**Versicherungen**

06A

## Endlich: Dreijahresfrist gehört bald der Vergangenheit an!

*Ein wahrhaft fortschrittlicher Rückschritt:*

Das "Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung" (GKV-FinG), das jetzt als Referentenentwurf vorliegt, sieht vor, dass Arbeitnehmer nicht mehr in drei aufeinanderfolgenden Jahren die jeweils gültige Jahresarbeitsentgeltgrenze (JAEG) überschreiten müssen, um versicherungsfrei zu sein.

Ein Wechsel in die private Krankenversicherung wird also zukünftig wieder nach einmaligem Überschreiten der JAEG (zurzeit: jährlich 49.950,00 EUR - monatlich 4.162,50 EUR)<sup>1</sup> möglich sein. Mit dieser Neuregelung wird die Rechtslage, die vor dem

01.04.2007 galt, wieder hergestellt, wonach die Krankenversicherungspflicht eines Arbeitnehmers mit Ablauf des Kalenderjahres endet, in dem die JAEG überschritten wird.

Es wird also (wieder) so sein, dass bei Änderung des Gehaltes oder Neuaufnahme einer Beschäftigung im Laufe eines Kalenderjahres (zum Beispiel am 01.09.) das bis dahin erzielte Gehalt uninteressant ist; das neue Gehalt wird auf ein fiktives Kalenderjahr hochgerechnet (je nach der Anzahl der Monatsgehälter mit 12, 13 usw. multipliziert), also in die Zukunft projiziert<sup>2</sup>.

Beispiel: Ein Angestellter erhält 12 Gehälter. In den Monaten Januar bis August 2010 wurde ein Gehalt von jeweils 3.800 EUR erzielt, es bestand also Versicherungspflicht. Ab September beläuft sich das Monatseinkommen durch Gehaltserhöhung auf 4.300 EUR. Dieses neue Gehalt liegt - hochgerechnet: 51.600 EUR - über der JAEG (2010: 49.950 EUR). Nach der geplanten Neuregelung hat der Arbeitnehmer damit die Versicherungspflichtgrenze überschritten und scheidet zum Ende des Jahres 2010 aus der Versicherungspflicht aus<sup>3</sup>. Also folgender Effekt:

2010		2011
Bis 08/2010: unter JAEG	Ab 09/2010: über JAEG	Über JAEG
<b>Versicherungspflichtig</b>		<b>Versicherungsfrei</b>

Nach dem Wortlaut des Gesetzentwurfs soll die neue Regelung bereits zum 31.12.2010 in Kraft treten, "damit diejenigen Personen, deren Gehalt die Jahresarbeitsentgeltgrenze im Jahr 2010 überstiegen hat, die aber zum Ende des Jahres 2010 die dreijährige Wartefrist noch nicht erfüllen, bereits zum Jahresbeginn 2011 versicherungsfrei werden und demzufolge in die private Krankenversicherung wechseln können."

Kurz gesagt: Per 31.12.2010 werden alle Arbeitnehmer versicherungsfrei, die in den Jahren 2009 oder 2010

- eine Gehaltserhöhung erhalten haben, mit der die JAEG (zurzeit: jährlich 49.950,00 EUR - monatlich 4.162,50 EUR) überschritten wurde
- mit einem Einkommen über der JAEG erstmals berufstätig geworden sind
- von einer Selbstständigkeit in eine Arbeitnehmerbeschäftigung mit einem Einkommen über der JAEG wechselten.

**Achtung:** Noch handelt es sich bei der geplanten Neuregelung um einen Referentenentwurf aus dem Bundesgesundheitsministerium! Sie hat noch keine Gesetzeskraft! Dennoch: Handeln Sie schon jetzt! Gewinnen Sie den Wettlauf um die Arbeitnehmer, die zum 31.12.2010 versicherungsfrei werden! Sprechen Sie z. B. Ihre Bestandskunden auf die Wechselmöglichkeit zur Barmenia an! Ganz ohne Sorge: Denn für den Fall, dass die Regelung doch nicht in Kraft tritt, werden wir die Verträge ohne Wenn und Aber aufheben.



# FINANZFORUM

kostenlose Fachzeitschrift für  
Finanzdienstleistungen  
Fakten - Informationen - Tendenzen - Meinungen

Seite 13

Ausgabe 34  
14. September 2010

06F

11

## Personalien:

### Fischer berät Rewe

Joschka Fischer (62) berät seit 6. September die Rewe-Group bei der Ausrichtung ihrer Nachhaltigkeitsstrategie.

Der ehemalige Außenminister soll den Weg des Unternehmens zu mehr Umwelt- und Sozialverträglichkeit "kritisch begleiten", wie das Unternehmen mitteilte.

## Irreführend beworben

*Facebook – Für wie doof hält Facebook uns?*



«Deine Freunde haben ihre Freunde mit dem Facebook-Freundefinder gefunden.» Das klingt vertrauenswürdig, ist aber eine Falle. Das soziale Netzwerk Facebook ergaunert sich so den Zugang zu E-Mail-Adressen von Nicht-Mitgliedern. News.de zeigt, wo Sie aufpassen müssen.

Das soziale Netzwerk FACEBOOK verbindet Menschen. Möglichst viele Menschen, weltweit inzwischen 500 Millionen, in Deutschland fast zehn Millionen. Ein Grund für diesen Erfolg ist Facebooks aggressive

Jagd auf neue Mitglieder. Neuerdings nutzt das kalifornische Unternehmen dafür das wichtigste Band zwischen seinen vielstrickig befreundeten Mitgliedern aus: Vertrauen.

Schon seit fast zwei Jahren legt Facebook vor allem Neu-Mitgliedern einen umstrittenen Dienst ans Herz: «Das Durchsuchen deines E-Mail-Kontos ist der schnellste Weg, um deine Freunde auf Facebook zu finden», schreibt das Netzwerk und versucht so, den sogenannten Freundefinder an den Mann zu bringen. Bei diesem Dienst muss der Nutzer seine E-Mail-Adresse samt Passwort eingeben. Facebook durchsucht dann das private Adressbuch nach Kontakten, die bereits angemeldet sind.

Das soziale Netzwerk versichert zwar, dass das E-Mail-Passwort nicht gespeichert wird. Aber das ist für den Datenschutzbeauftragten des Landes Hamburg, Johannes Caspar, auch nicht das Problem: Facebook speichert die so erlangten E-Mail-Adressen von Nicht-Mitgliedern, stellt Verbindungen her zwischen bereits angemeldeten Nutzern und verschickt Einladungsmails. Im Juli hat Caspar wegen der ungefragten Datenspeicherung Dritter ein Bußgeldverfahren gegen Facebook eingeleitet.

17 verschiedene Facebook-Gruppen kritisieren den Dienst. Die größte Gruppe «NEIN Facebook!! Ich will den Freundefinder nicht ausprobieren!!» hat allerdings zur Stunde gerade mal 344 Unterstützer.

FINANZ  FORUM

die FINANZ-FACHZEITSCHRIFT



# FINANZFORUM

*kostenlose Fachzeitschrift für  
Finanzdienstleistungen*  
Fakten - Informationen - Tendenzen - Meinungen

Seite 14

Ausgabe 34  
14. September 2010

## ACHTEN SIE AUF DIE EIER!

Achten Sie bei jedem Hotelfrühstück zunächst auf die gekochten Eier, um so die grüne Glaubwürdigkeit des Hotels zu testen.

Ist gleich am Anfang eine 2 oder 3 auf dem Ei aufgedruckt, ist es damit nämlich nicht weit her:

Die Ziffern 2 bzw. 3 stehen für Boden bzw. Käfighaltung.

Gut sind hingegen die Zahlen 0 oder 1: für Bio- oder Freilandhaltung. Danach folgt das Land, dann die Nummer des landwirtschaftlichen Betriebs.

**...reisen...reisen...reisen...reisen...reisen...reisen...reisen...reisen...**

## CONGRESS HOTEL HANNOVER / In frischem Glanz



Eine umfassende Renovierung hat das CONGRESS HOTEL AM STADTPARK IN HANNOVER begonnen. „Nichts bleibt beim Alten - nur die Bäder“, umschreibt Hoteldirektor Dirk Wroblewski das 900.000-Euro-Projekt. Die ersten 50 Zimmer sind bereits fertig. „Das ist der Startschuss für eine STETIGE

MODERNISIERUNG auf höchstem Niveau“, verspricht Wroblewski. Ausstattung und Möbel werden komplett erneuert und mit einem frischen Farbkonzept versehen, die Zimmer erhalten 32-Zoll-Flachbildschirme. Das Vier-Sterne-Hotel ist spezialisiert auf GESCHÄFTSREISENDE UND TAGUNGSGÄSTE. Es bietet 41 Veranstaltungsräume.

[www.congress-hotel-hannover.de](http://www.congress-hotel-hannover.de)

## ALLGÄU ADE

AIR BERLIN steuert ab November den Allgäu-Airport in Memmingen nicht mehr an. „Die Debatte um die Luftverkehrssteuer macht die Dinge nicht einfacher“, sagt Flughafen-Chef Ralf Schmid. Dadurch LOHNE SICH DIE STRECKE NACH BERLIN NICHT MEHR - trotz Auslastungen von 80 Prozent. Die Routen nach Köln und Hamburg hat Air Berlin (zuvor TUIfly) bereits eingestellt. Innerdeutsch fliegt Ryanair nach Bremen.

## Hotel Marken-Ranking 2010/Hotel brands 2010

Nr.	Marke/Brand	Hotelbetreiber/ operated by	Zimmer/ rooms	Hotels
1	Holiday Inn	IHG	240.000	1.319
2	Holiday Inn Express	IHG	188.000	2.069
3	Hilton	Hilton Hotels	181.000	520
4	Hampton Inn	Hilton Hotels	168.000	1.700
5	Comfort Inn	Choice Hotels	164.000	1.980
6	Sheraton	Starwood Hotels	139.000	392
7	Quality Inn	Choice Hotels	136.000	1.354
8	Super 8	Wyndham Worldwide	125.000	2.100
9	Hyatt	Hyatt Hotels	120.000	399
10	Ibis	Accor	102.000	861
11	Crowne Plaza	IHG	101.000	366
12	Motel6	Accor	99.000	1.001
13	Mercure	Accor	82.000	671
14	Novotel	Accor	71.000	395
15	Westin	Starwood Hotels	66.000	170
16	Comfort Suites	Choice Hotels	62.000	618
17	InterContinental	IHG	56.000	166
18	EconoLodge	Choice Hotels	55.000	846
19	Embassy Suites	Hilton Hotels	50.000	200
20	Doubletree	Hilton Hotels	50.000	200
21	Premier Inn	Premier Inn	47.000	578
22	LaQuinta Inns & Suites	LQ Management	47.000	400
23	Barcelo	Barcelo Hotels	46.000	186
24	Clarion	Choice Hotels	45.000	296
25	Radisson Blu	Rezidor Hotel Group	43.000	189

## US-Einreise kostet 14 Dollar

Ab September werden USA-Reisende zur Kasse gebeten.

*Ohne Kreditkartendaten gibt's dann keine Registrierung.*

Das GELD GEHT AN DIE TOURISMUSBEHÖRDE, die die USA als Reiseland bewerben soll. Die Gebühr wird bei der Online-Registrierung fällig und kann PER KREDITKARTE BEZAHLT werden. Akzeptiert werden Master, Visa und American Express. Bevor man seine vollständigen Kreditkartendaten nicht angegeben hat, wird die Registrierung nicht bearbeitet. Die Online-Registrierung ist PFLICHT FÜR ALLE, DIE KEIN US-VI-SUM HABEN. Sie gilt für zwei Jahre und muss für jede Reise aktualisiert werden.

## DIE GRÖSSTEN GOURMETFÜHRER:

**Michelin:** einflussreichster Gastronomieführer weltweit, vergibt seit 1926 bis zu drei Sterne (Michelin);

**Gault Millau:** zeichnet Restaurants mit bis zu vier Kochmützen aus (Christian Verlag);

**VARTA-Führer:** vergibt fünf Diamanten für luxuriöses Flair und eine außergewöhnliche Küche (Mair-Dumont);

**Schlemmer-Atlas:** verleiht einen bis fünf Kochlöffel an die besten Küchen Europas (Busche);

**Feinschmecker Guide:** bewertet Restaurants und Hotels in Europa (Jahreszeiten Verlag)



# FINANZFORUM

kostenlose Fachzeitschrift für  
Finanzdienstleistungen  
Fakten - Informationen - Tendenzen - Meinungen

Seite 15

Ausgabe 34  
14. September 2010

## ...Gesundheit-Spezial... Gesundheit-Spezial...

**BILLIG UND TEUER**  
Krankenkassen im Preisvergleich

**Die Kassen, die Beiträge zurückzahlen**

Kasse	Ausschüttung p.a. in €	Region
HKK	60	bundesweit
G & V BKK	72	Baden-Würt.

**Die Kassen, die Zusatzbeiträge erheben**

Kasse	Zusatzbeitrag p.a. in €	Region
BKK Westfalen-Lippe	144	Westfalen-Lippe
BKK Phoenix	96	8 Länder
City BKK	96	14 Länder
DAK	96	bundesweit
Deutsche BKK	96	bundesweit
Esso BKK	96	bundesweit
KKH-Allianz	96	bundesweit
Novitas BKK	96	bundesweit
BKK f. Heilberufe	1 %, max. 450 €	bundesweit
GBK	1 %, max. 450 €	12 Länder
BKK advita	0,9%, max. 405 €	bundesweit
BKK Publik	1 %, max. 192 €	HH, Nieders.

Quelle: www.gesetzlichekrankenkassen.de



### ADERLASS DER VERSICHERTEN

#### Höhere Abgaben

Der allgemeine Beitragsatz steigt 2011 von 14,9 auf 15,5 Prozent. Er wird eingefroren, so dass die Versicherten künftige Kostensteigerungen allein über Zusatzbeiträge finanzieren müssen.

#### Zusatzbeitrag

Bereits für 2012 wird ein durchschnittlicher Zusatzbeitrag von acht Euro erwartet. Erst wenn er zwei Prozent des Einkommens übersteigt, gibt es einen Sozialausgleich. Damit steigt die Beitragslast der Versicherten dauerhaft um 2,6 Prozentpunkte oder fast ein Fünftel.

### Gesundheitsreform 2011: Wird der Sozialausgleich ein "Bürokratie-Monster"?



Die nächste Gesundheitsreform steht vor der Tür. Bereits ab 1.1.2011 sollen wichtige Änderungen in Kraft treten; ein Referentenentwurf wurde bereits erarbeitet. Insider kennen die Einzelheiten - und bewerten sie für uns.

Nun wurde im Bundesgesundheitsministerium der vertrauliche Referentenentwurf fertig gestellt.

Am 22.9.2010 soll das Bundeskabinett das Papier offiziell beschließen. Anschließend soll das Vorhaben seinen Weg

durch die parlamentarischen Gremien gehen, bis im Dezember 2010 auch der Bundesrat über das Gesetz beschließen wird.

Sozialausgleich: Manchmal muss ihn die Kasse selbst durchführen. Arbeitgeber dürfen sich schon jetzt auf eine große Aufgabe einstellen, welche der Gesetzgeber ihnen ab 2011 verordnet. Sie sollen den Sozialausgleich durchführen, damit kein GKV-Beitragszahler über Gebühr mit Zusatzbeiträgen belastet sein wird.

Doch für 2011 hatte man noch ein Einsehen: Die Arbeitgeber müssen erst ab 2012 den Sozialausgleich durchführen, denn die hierfür erforderliche Erweiterung des

Meldeverfahrens lässt sich auf keinen Fall früher realisieren. Die Entgeltabrechnungs-Software muss ebenfalls erst aufwändig um neue Funktionalitäten erweitert werden, damit Arbeitgeber den Sozialausgleich überhaupt bewältigen können.

Sollte eine Kasse in 2011 Zusatzbeiträge erheben und der Sozialausgleich durchgeführt werden müssen, hat diese Krankenkasse den Sozialausgleich zum Jahresende 2011 selbst durchzuführen.

Für bestimmte Personenkreise sollen die Krankenkassen aber auch ab 2012 allein zuständig sein, wenn es um die Durchführung des Sozialausgleichs geht.

### Ärzteeinkommen stark gestiegen

#### Monatliches Einkommen niedergelassener Ärzte

nach Abzug aller Aufwendungen;  
durchschnittlich brutto 2007, in  
Euro

Allgemeinmediziner.....	9666
Kinderärzte.....	10333
Neurologen/Psychiater.....	10666
Hals-Nasen-Ohren-Ärzte.....	12000
Gynäkologen.....	12083
Chirurgen.....	12333
Hautärzte.....	12916
Internisten.....	13166
Urologen.....	13916
Augenärzte.....	14166
Orthopäden.....	15500
Radiologen.....	22000

Die derzeit verlässlichsten Zahlen zum Ärzteeinkommen liefert das Statistische Bundesamt (siehe Grafik). Demnach lag der Reinertrag eines niedergelassenen Arztes nach Abzug aller Kosten wie Sprechstundenhilfe, Praxismiete, Laborbedarf, Kfz-Kosten und Abschreibungen auf medizinische Geräte im Jahr 2007 bei 11.833 Euro im Monat. Rechnet man die seither erfolgten Honorarsteigerungen, von denen vor allem die Allgemeinärzte profitiert haben, hinzu, kommt ein Praxisinhaber heute im Schnitt auf 13.666 Euro im Monat. Davon abziehen muss man allerdings noch, wie bei jedem anderen Selbständigen auch, Steuern sowie Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge.



# FINANZFORUM

kostenlose Fachzeitschrift für  
Finanzdienstleistungen  
Fakten - Informationen - Tendenzen - Meinungen

Seite 16

Ausgabe 34  
14. September 2010

## Zeitschriften, die wir empfehlen:

**KURS**  
www.kursverlag.de  
Zeitschrift für Finanzdienstleistungen von der Verlagsgruppe Handelsblätt



Im Vergleich mit anderen Berufsgruppen verzeichneten die Ärzte seit 1998 aber enorme Einkommenssteigerungen. Während die Löhne der gesetzlich Krankenversicherten im Schnitt lediglich um 15 Prozent stiegen, kletterte die Gesamtvergütung der Praxisärzte im selben Zeitraum um 43 Prozent.

Quelle: Spiegel

09

www.boersen-zeitung.de/rendite

**rendite** | 10  
September 10  
Das Anlagemagazin der Börsen-Zeitung

## Geschäft mit dem Alter

Der demografische Wandel sorgt für gewaltige Umwälzungen  
Daraus resultieren attraktive Investmentchancen



**Innovation**  
Anomalien am Anleihemarkt sind nun auch für Privatanleger handelbar.  
Seite 18

**In der Kritik**  
Immobilienfonds stehen unter Beschuss. Als Anlage bleiben sie attraktiv.  
Seite 22

**In der Schwelbe**  
Die Aktienmärkte tendieren seitwärts. Dennoch bieten sich Anlagechancen.  
Seite 28

Zusätzliche Exemplare  
oder kostenloses Abo bei:  
**Rendite**

Postfach 110932  
60044 Frankfurt/Main

Mail: rendite@boersen-zeitung

12

## FUNDGRUBE und Humor



**Carsten Maschmeyer, Staatsoberhäupter-Fan**  
Ich hätte dem Christian und der Bettina diesen Malle-Urlaub gerne spendiert. Aber wenn der Steuerzahler das unbedingt selbst zahlen will, bitte.

Selbstverständlich kann, wie Sie schreiben, der Bundespräsident sich seine Freunde selbst aufsuchen; wie denn auch nicht! Allerdings gilt auch für Herrn Wulff: Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist.

WUPPERTAL

DR. REIMAR KROLL



# FINANZFORUM

kostenlose Fachzeitschrift für  
Finanzdienstleistungen  
Fakten - Informationen - Tendenzen - Meinungen

Seite 17



## MASCHIS WELT

Wer hier was riecht, hat nichts kapiert:  
Über die Unternehmerpersönlichkeit Carsten Maschmeyer und ihre fabelhafte Entourage.  
Von Stefan Gärtner



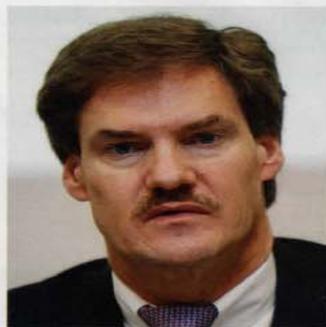
Der größte und womöglich einzige Vorzug von Christian Wulff ist, daß er uns einen Bundespräsidenten Joachim Gauck erspart hat. Der evtl. zweitgrößte ist, daß er so sympathische Freunde hat, illuster genug, um den drögen Osnabrücker noch vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten in Patricia Riekels beliebtes Schmutz- und Hofblatt *Bunte* zu hieven: »Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff nahm einiges auf sich, um bei dieser Geburtstagsparty dabeizusein. Zunächst schickte er seine schöne Frau Bettina vor, die die erste Hälfte des Abends bei Carsten Maschmeyer, 51, feierte. Derweil paßte der Landesvater zu Hause auf die Kinder auf. Gegen 23 Uhr fuhr er dann vor der Hannoveraner Villa des Finanztycoons vor, kurze Staffelübergabe – dann übernahm Bettina das Babysitting. Was tut man nicht alles für »Maschi!« Frugen da nicht nur die vorbildhaft verfehlten Leben namens Tobias Lobe und Christiane Soyke, die diesen Korrespondentenbericht aus dem Darm der herrschenden Klasse sandten und aber, wenn auch immens unfreiwillig, ein Charakter- und Sittengemälde jener deutschen Republik malten, deren »Elite aus Politik, Wirtschaft und Showbusiness« zwar Kaschmir trägt, aber trotzdem weiß, was Filz ist.

»Erstaunlich, wer alles kommt, wenn das multi-millionenschwere Geldgenie zur Geburtstagsparty lädt. Politiker von SPD, CDU, FDP, die sich werktags im Bundestag beschimpfen – bei Maschmeyer sitzen sie traut zusammen und lachen« – daß *Bunte*-Journalisten einen Henri-Nannen-Preis abkriegen, wäre sicherlich ein Novum, aber das Wesen der parlamentarischen Demokratie treffen die Kolleginnen und Kollegen von der Qualitätspresse selten so genau. »Zwei amtierende Bundesminister, zwei Ex-Minister und ein Ex-Kanzler ganz privat auf engstem Raum. Nicht etwa weil das eine Pflichtübung wäre«, was nicht nur *Bunte*-Leserinnen ohne weiteres für den Normalfall zu halten scheinen: daß unser politisches Personal bei Millionären antreten muß, »sondern weil die Maschi-Feste einfach Kult sind. Ein bißchen politischer Salon – und ganz viel Spaß. Zum Beispiel im Weinkeller, einem der größten Europas, wo ein 82er Château Petrus (à 1000 Euro) nach dem anderen entkorkt wird«, wohl weil der Chef der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der natürlich auch da ist, einfach nicht genug davon bekommen kann. Menschenskind, der Maschi, der hat 'ne halbe Milliarde auf dem Konto, da isses ja nu' auch schon egal.

Diesen halbmilliardenschweren Wohlstand hat der »Emporkömmling« (*Rheinische Post*) Carsten Maschmeyer, 51, der aus allerkleinsten Verhältnissen stammt, »nicht etwa geerbt, er hat ihn

sich selbst erarbeitet« (ebd.), mit dem Verkauf von Versicherungspolice n nämlich, erst als Drücker, dann als Chef des »Allgemeinen Wirtschaftsdienstes« (AWD), eines Unternehmens, »das in Verbindung mit Drückerkolonnen, Anlegerklagen, riskanten Produkten und Datenpannen gebracht wurde und wird« und diese »offen anrühige Vergangenheit« (*Freitag.de*) jetzt aber scheint's hinter sich gelassen hat. Sonst würden ja weder die angesehene Ursula v.d. Leyen noch der brave Philipp Rösler bei Maschis Festen auftauchen, nicht wahr; der seinen AWD auch längst verkauft hat und mit dem einschlägig vorbestraften Bert »Stephan« Rürup schon wieder bis zur Hüfte im internationalen Rentenberatungsgeschäft steckt.

Wer von einer journalistischen Warte aus über Carsten Maschmeyer berichtet, die eine Handbreit über dem Riekelschen Society-Koben liegt, beschreibt den neuerdings schnauzbartfreien Marathonläufer als »schillernd« und meint halbseiden; Maschis Liaison mit dem schweinsäugigen Movie-Trampel V. Ferres (*Stern*: »Clever & Bart«) hat da nicht geholfen, im Gegenteil. »Mann von Geld« überschrieb das *Manager Magazin* mokant einen frühen Artikel über den Parvenü aus der Barackensiedlung und porträtierte ihn als Mischung aus »Handelsvertreter und Topmanager«, dessen Rasierwasser damals noch zu penetrant nach Aufstieg roch, als daß ihn das Establishment nicht (und sei's nur leise) verachtet hätte. »Die Haare liegen sorgfältig über den Ohren, der Schnurrbart ist akkurat gestutzt. Zur getüpfelten Seidenkrawatte trägt er – vernichtender Stilfehler



– ein Einsteck Tuch im gleichen Tüpfelmuster. Kein Hauch von Selbstverständlichkeit, kein Funken Lässigkeit – man spürt förmlich das Bemühen um Perfektion: ein Wolfgang Reitzle für Arme.« Der aber, anders als Reitzle, der promovierte Grandseigneur des deutschen Spitzenmanagements (BMW, Conti, Linde), der selbst als Gatte von Nina Ruge nicht weiter zur Last gefallen war, trotzdem bzw. grad deshalb im Boulevardkosmos als Fixstern gelten darf; und dessen pfeilgenau zur Ferres passenden Neureichenattitüden – »Maschmeyers Haus ist beeindruckend, aber wie er selbst: null protzig«, erzählt ein Besucher. »Heller Marmor, einladende Sitzlandschaften. Dazwischen liegt schon mal eine Geige aus violetterm Glas« (*Welt.de*) – aber viel weniger interessant sind als die wunderbar ergiebigen Freundschaften, die Maschi pflegt.

Dabei ist »der große Junge« (*Bunte*, a.a.O.) wählerisch, wie die FAZ ihre traditionsreiche Distanz zu allem Pöbelesken hart am Hohnvollen unterstrich: »Unter einem Ministerpräsidenten tut es Carsten Maschmeyer nicht. Aus ihnen können ja noch Bundes-



# FINANZFORUM

kostenlose Fachzeitschrift für  
Finanzdienstleistungen  
Fakten - Informationen - Tendenzen - Meinungen

Seite 18

## Ausgabe 34

kanzler, Parteivorsitzende oder Bundespräsidenten werden. Fachlich begründete Gesprächswünsche »einfacher« Bundestagsabgeordneter läßt Maschmeyer hingegen als uninteressant abgleiten – das gäbe keine Fotos in der *Bild*-Zeitung, der Regionalpresse oder den bunten Zeitschriften«, welche Auftritte, so darf man unterstellen, den gutgebauten Hannoveraner trotz des Adabei-Triebs des Aufsteigers aber viel weniger interessieren dürften als die Kontakte, die erst ab Ministerpräsident so richtig lukrativ werden.

Da ist es glatt nachrangig, wenn sich das neue Staatsoberhaupt dabei erwischen läßt, wie es in Maschis mallorquinischer Topvilla Urlaub macht, für angeblich 5 000 Euro Miete pro Woche, wo, wie die Experten von *Welt* wissen, die Anmietung einer vergleichbaren Behausung im allgemeinen »mindestens 15 000 Euro« kostet; auch wenn die Benimmlehrer der Bürgerpresse wie Kisters Kurt in der *Süddeutschen* ordnungsgemäß die Braue lupften und aber gleich darauf hinwies, daß derlei im regulären Politbetrieb als Normalfall gelten muß: »Bei einem Ministerpräsidenten spielen *do ut des*, geschickt eingefädelte Kompromisse und mächtige Freundschaften durchaus eine Rolle. Das gehört zur Politik. Ein Bundespräsident aber muß sich aus der Politik in diesem Sinne verabschieden; er definiert sich über Begriffe wie Respekt, Vorbild, Autorität. Der Präsident hat«, anders mithin als jeder Parteipolitiker (das freie Mandat, es ist halt Quatsch), »jeden Anschein zu vermeiden, er sei in irgendeiner Form irgendjemandem speziell dienlich – und selbst wenn es nur um einen Freundschaftsdienst geht. Das hat Wulff in Maschmeyers Villa nicht bedacht.« Der Mann kann ja schließlich nicht an alles denken.

Interessant wird es erst, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Rolle Maschi bei der Neuordnung des deutschen Systems der Altersvorsorge unter jenem Gerhard Schröder spielte, der ebenfalls fester Bestandteil der Maschmeyer-Clique ist. Maschi verkauft schließlich Finanzprodukte, und die verkaufen sich um so besser, je doller private Vorsorge als unumgänglich gelabelt wird. Maschi war es, der vor der niedersächsischen Landtagswahl 1998, deren Ausgang über den Kanzlerkandidaten der SPD entscheiden sollte, 650 000 Mark in eine ganzseitige Zeitungsanzeige investierte: »Der nächste Kanzler muß ein Niedersachse sein« und damit dem vergleichsweise linken und also privatisierungskritischen Lafontaine pro bono Schröders ein Bein stellen half. Und derart aber bloß zurückzahlte, was der ehrgeizige »Ladenschwengel« (Oliver M. Schmitt) und damalige Ministerpräsident des Landes Niedersachsen vier Jahre zuvor ausgelegt hatte: Ausgerechnet die Landesregierung unter Gerhard Schröder hatte sich seit 1994 für einen Gesetzentwurf verwendet, der schärfere Regeln für die Vermittlerbranche vorsah. »Der Wirtschaftsausschuß des Bundestags war skeptisch: Warum kommt der Entwurf ausgerechnet aus Hannover, wo doch die Branchenriesen eher in anderen Ländern sitzen – außer dem



»Demokratie? Ahahahahaha!« Seien wir versichert (AWD): Die Elite aus Politik, Wirtschaft und Showbiz (v.r.n.l.) ist sich selbst sehr treu und für jeden lukrativen Spaß zu haben.

AWD, der über einen »Verband unabhängiger Finanzdienstleistungsunternehmen« an den politischen Gesprächen über diese Novelle beteiligt war« (*Freitag.de*). Der damals noch unbedingt regierungskritische *Focus* wunderte sich mit und zitierte erklärungshalber einen »CDU-Wirtschaftsexperten«: »Das Hauptinteresse der Branchengrößen ist es offenbar, durch höhere Zugangshürden, die sie selbst locker erfüllen können, die Billiganbieter vom Markt zu verdrängen.«

Kaum war Schröder Kanzler, wurde es für die Branchengröße Maschi

geradezu noch besser, denn die 650 000 Mark erwiesen sich als gut angelegt: Rot-Grün trieb per Riester-Rente die Privatisierung des Rentengeschäfts mit Macht voran; und nicht zuletzt deshalb konnte Maschi seinen AWD 2008 für die runde Summe von 350 Millionen Euro an den Versicherungskonzern Swiss Life verkaufen. Und als Schröders Regierungssprecher, der ehemalige Springer-Mann Anda (damit auch diese Connection noch Gestalt gewinnt), keine Lust mehr hatte, ging er als Pressesprecher wohin? Genau: zu Maschis AWD.

Wie Kister sagen würde: *Do ut des*.

Der Hannöversche *FAZ*-Korrespondent R. von Lucius tat's nicht ganz so spätrömisch ab: »Wo verlaufen die Grenzen zwischen Freundschaft und Kumpanei? Wo beginnt das Anrühige?« Ja, wo? Erst da, wo sich auf Maschis Kult-Festen der Ex-Kanzler herumtreibt, um beim »Freund für alle Fälle« (Lobe/Soyke for Pulitzerpreis!) auf den gemeinsam durchgeboxten Coup und Massenpepp anzustoßen, und der Gesundheitsminister sich evtl. der Vorteile des Staatsfernen rückversichert (»Rösler will Wechsel zur privaten Versicherung erleichtern«, *handelsblatt.com*)? Oder doch schon im Bundestag, wo 1900 Organisationen in aller Freundschaft 4500 Lobbyisten operieren lassen, die schon mal Gesetze selbst entwerfen, nicht daß am Ende was Standortfeindliches unterläuft? Daß repräsentative Demokratie nach einem Wort des britischen Ökonomen und Verfassungstheoretikers Walter Bagehot »government by corruption« ist, war an dieser Stelle schon zu lesen; und solange Politik von Leuten mit Geld für Leute mit Geld gemacht wird, ist es beinahe schon gleichgültig, ob sich die Herrschaften nun duzen und bei Maschi im Stundentakt Flaschen köpfen, deren Einzelwert den monatlichen Hartz-IV-Regelsatz um 200 Prozent übertrifft. Nehmen wir's lieber als ein Stück Aufklärung, wenn durch Veranstaltungen wie auf Schloß Maschmeyer auch für den arglosen Beobachter kenntlich wird, wer hierzulande Kellner ist und wer den Koch bezahlt. Und dabei ist's, wenn wir dem Aufklärungsjournal *Bunte* noch einmal Gehör schenken sollen, Gastgeber wie Maschi »egal, ob jemand rot, schwarz oder gelb ist – Hauptsache, er kann gut feiern«. Nämlich zweierlei: daß die Scorpions nicht da sind; und was für ein spitzenmäßig bezahlter rot-schwarz-gelber Oberkellner man ist. □

